



Auswärtiges Amt

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Gökay Akbulut
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Niels Annen

Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsminister im Auswärtigen Amt

POSTANSCHRIFT
11013 Berlin

HAUSANSCHRIFT
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18-17-0
FAX +49 (0)30 18-17-0

www.auswaertiges-amt.de

Berlin, den 9. Juni 2021

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Liebe Frau Akbulut,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre für die Fragestunde am
09. Juni 2021 gestellte Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Niels Annen

Wahrnehmung durch Staatsminister Niels Annen

Frage Nr. 35

MdB Gökay Akbulut

Fraktion DIE LINKE.

Frage:

Wie wird die Bundesregierung auf illegale Abschiebungen von kurdischen politischen Flüchtlingen aus dem EU-Mitgliedsstaat Rumänien in die Türkei reagieren, bei denen Medienberichten zufolge Menschen unter Gewalt- und Haftandrohungen gezwungen werden, ein vorgefertigtes Schreiben zur Rückkehrbereitschaft zu unterzeichnen (s. <https://www.rudaw.net/turkish/wordld/290520214>) und zu mindestens einer dieser politischen Flüchtlinge im Zuge dieser Abschiebungen, Medienberichten zufolge, kein Kontakt mehr aufgenommen werden konnte und Lebenszeichen fehlen (siehe <http://mezopotayaaajansi35.com/tumhaberler/content/view/126858>)?

Antwort:

Über Fälle von illegalen Abschiebungen von kurdischen Personen aus Rumänien an die Türkei hat die Bundesregierung keine eigenen Erkenntnisse, die Presseberichte Sinne der Fragestellung bestätigen würden.

Grundsätzlich gilt: Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben unter anderem das Refoulement-Verbot der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) zu beachten.

Die Bundesregierung steht fortlaufend in Kontakt mit der rumänischen Regierung, auch zu Migrationsfragen und den in diesem Zusammenhang geltenden völker- und europarechtlichen Bestimmungen.